

# NRW360° - Natürlich gerecht!

## Landeswahlprogramm zur Landtagswahl 2027

### ÖDP Nordrhein-Westfalen – umfassendes Positionspapier

#### Präambel

Nordrhein-Westfalen steht vor tiefgreifenden Herausforderungen. Als bevölkerungsreichstes Bundesland Deutschlands vereint es industrielle Stärke, landwirtschaftliche Vielfalt und hochverdichtete Ballungsräume auf engem Raum. Diese besondere Struktur ist zugleich Chance und Belastung.

Zunehmende Wasserknappheit, Extremwetterereignisse und steigende Umweltbelastungen treffen auf soziale Herausforderungen wie steigende Mieten, ungleiche Bildungschancen und strukturelle Veränderungen in Industrie- und Kohleregionen.

Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach Sicherheit, Verlässlichkeit und funktionierenden staatlichen Strukturen.

Die bisherigen politischen Ansätze greifen zu kurz. Nordrhein-Westfalen braucht eine Politik, die ökologische Grenzen anerkennt, soziale Stabilität sichert und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gestaltet.

Wir stehen für eine Politik, die langfristig denkt, Verantwortung übernimmt und den Menschen ebenso in den Mittelpunkt stellt wie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

---

#### 1. Wasser schützen – Lebensgrundlagen sichern

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Es ist unverzichtbar für die Versorgung der Bevölkerung, für Landwirtschaft und Industrie sowie für stabile Ökosysteme. In Nordrhein-Westfalen gerät diese zentrale Ressource zunehmend unter Druck.

In vielen Regionen, insbesondere in Ostwestfalen, im Münsterland und im Rheinland, sinken die Grundwasserspiegel. Langzeitdaten des LANUK NRW und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zeigen deutliche regionale Unterschiede: Während einige Grundwasserkörper temporär sinken, erholen sich andere nach niederschlagsreichen Jahren. Eine differenzierte regionale Betrachtung ist daher zwingend erforderlich.

Gleichzeitig nehmen Nutzungskonflikte zu. Landwirtschaft, Industrie, Trinkwasserversorgung und Rohstoffgewinnung stehen in direkter Konkurrenz zueinander.

Eine verantwortungsvolle Wasserpolitik muss diese Konflikte lösen, ohne einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Die Trinkwasserversorgung hat dabei oberste Priorität. Wasser ist kein unbegrenzt verfügbares Gut, sondern eine begrenzte Ressource. Wir setzen uns für regionale Wassernutzungskonzepte ein, die den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden und eine nachhaltige Nutzung sicherstellen.

Gleichzeitig müssen die Ursachen für Belastungen von Grund- und Oberflächenwasser differenziert untersucht werden. Hohe Nitratwerte, PFAS-Belastungen und Rückstände weiterer

Stoffe sind ernst zu nehmende Probleme. Ihre Ursachen sind jedoch komplex und dürfen nicht pauschal einzelnen Bereichen zugeschrieben werden.

Wir fordern unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, transparente Messprogramme und eine klare Trennung zwischen historischen Altlasten und aktuellen Einträgen. Nur auf dieser Grundlage lassen sich wirksame und faire Maßnahmen entwickeln.

Die Landwirtschaft ist dabei ein zentraler Partner. Sie ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Wasserschutz kann nur gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben gelingen. Regionale Unterschiede in Boden, Wetter und Topografie müssen stärker berücksichtigt werden. Pauschale Vorgaben sind durch flexible, praxisnahe Lösungen zu ersetzen.

Nordrhein-Westfalen trägt zudem die Last seiner industriellen Vergangenheit. Grubenwasser aus dem Steinkohlebergbau, Altlasten aus Chemie- und Stahlindustrie sowie langfristige Umweltbelastungen stellen dauerhafte Herausforderungen dar. Hier gilt das klare Prinzip: Der Verursacher muss für sämtliche entstandenen Schäden und Folgemaßnahmen aufkommen. Die Kosten dürfen nicht dauerhaft von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Flutkatastrophe im Jahr 2021 hat deutlich gezeigt, welche Folgen fehlende Vorsorge haben kann. Gleichzeitig nehmen Trockenperioden zu. Wasserpolitik muss daher Hochwasserschutz und Wasserspeicherung gemeinsam denken.

Wir setzen auf die Renaturierung von Flüssen, die Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen, Entsiegelung und die konsequente Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips. Städte müssen künftig Wasser aufnehmen, speichern und wieder nutzbar machen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den geplanten Tagebauseen im Rheinischen Revier. Die Verfüllung ehemaliger Tagebaue mit Wasser stellt einen massiven Eingriff in den Wasserhaushalt dar. Die langfristigen Auswirkungen auf Grundwasser, Flusssysteme und Ökologie sind bislang nicht ausreichend geklärt.

Wir fordern eine kritische Prüfung dieser Vorhaben. Naturschutz und langfristige Stabilität müssen Vorrang vor touristischen Interessen haben. Alternative Entwicklungsmodelle sind ernsthaft zu prüfen.

Wasser ist ein öffentliches Gut und Grundlage unseres Lebens. Sein Schutz ist eine zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Wasserversorgung gehört nicht in die Hände von Konzernen.

---

## **2. Flächen intelligent nutzen – Energie, Wasser und Klima verbinden**

Nordrhein-Westfalen ist das am dichtesten besiedelte Flächenland Deutschlands. Täglich gehen wertvolle Flächen durch Bebauung und Versiegelung verloren. Gleichzeitig bleiben bestehende Flächen in vielen Fällen unzureichend genutzt.

Eine nachhaltige Flächenpolitik muss diesen Trend umkehren.

Der Grundsatz lautet: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Bestehende Flächen müssen besser genutzt werden, bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden. Industriebrachen,

Konversionsflächen und leerstehende Gebäude bieten erhebliche Potenziale, die bislang nicht ausreichend genutzt werden.

Bei der Entwicklung solcher Flächen ist das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden. Kosten für Bodensanierungen dürfen nicht auf Käufer oder Kommunen abgewälzt werden, sondern müssen von den Verantwortlichen getragen werden.

Ein zentrales Element moderner Flächenpolitik ist die Mehrfachnutzung. Flächen müssen künftig mehrere Funktionen erfüllen: Energieerzeugung, Wasserspeicherung, Klimaanpassung und Förderung der Biodiversität.

Großparkplätze, Gewerbeflächen und öffentliche Einrichtungen bieten hier erhebliche Potenziale. Photovoltaik, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Regenwassermanagement müssen stärker miteinander kombiniert werden.

Der Ausbau von Photovoltaik ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Verpflichtungen zur Nutzung müssen jedoch realistisch gestaltet werden. Eine Photovoltaikpflicht kann nur dort gelten, wo eine geeignete Netzinfrastruktur vorhanden ist. Zusätzlich sollte die Pflicht an wirtschaftliche Zumutbarkeit, die Statik der Gebäude und die regionale Sonneneinstrahlung gekoppelt werden, um Fehlanreize und Akzeptanzprobleme zu vermeiden. Gleichzeitig muss bei Neubauten bereits die Grundlage für eine spätere Nachrüstung geschaffen werden.

Der Ausbau der Stromnetze muss parallel erfolgen. Energieerzeugung und Infrastruktur müssen gemeinsam geplant werden.

Ein weiterer entscheidender Baustein ist die Stromspeichertechnik. Die wachsende Einspeisung aus erneuerbaren Energien führt zunehmend zu Zeiten, in denen mehr Strom erzeugt als aktuell verbraucht wird. Um diese Überschüsse nutzbar zu machen, müssen geeignete Speicherlösungen eingesetzt werden. Batteriespeicher, Pumpspeicherkraftwerke sowie Power-to-X-Technologien ermöglichen es, überschüssigen Strom zeitlich zu verschieben und bedarfsgerecht bereitzustellen.

Insbesondere in Zeiten geringer Netzauslastung, etwa nachts, kann Strom gezielt in Speicher geladen oder über vorhandene Netzinfrastrukturen in andere Regionen transportiert werden. Dort steht die gespeicherte Energie zur Verfügung, wenn wetterbedingt weniger Solar- oder Windstrom erzeugt wird. Stromspeicher tragen damit zur Stabilisierung der Netze bei und verbessern die räumliche und zeitliche Verteilung erneuerbarer Energien.

Eine zentrale Rolle kann dabei die Speicherung von Energie in Form von Wasserstoff übernehmen. Durch Elektrolyse kann überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff umgewandelt und langfristig gespeichert werden. Wasserstoff eignet sich insbesondere für die saisonale Speicherung, da er über längere Zeiträume verlustarm vorgehalten werden kann.

Der erzeugte Wasserstoff kann über bestehende oder neu zu entwickelnde Infrastrukturen transportiert und dort genutzt werden, wo aktuell nicht genügend erneuerbare Energie zur Verfügung steht. Einsatzmöglichkeiten bestehen unter anderem in der Industrie, im Verkehrssektor sowie bei der Rückverstromung zur Netzstabilisierung. Damit ergänzt Wasserstoff trotz der energieaufwendigen Produktion konventionelle Stromspeicher und erweitert die Flexibilität des Energiesystems.

Der Ausbau von Speichertechnologien einschließlich der Wasserstoffinfrastruktur ist kein Ersatz, sondern eine notwendige Ergänzung zum Ausbau der Stromnetze. Nur durch das

Zusammenwirken von Energieerzeugung, Speichertechnik und leistungsfähigen Netzen kann eine stabile, bedarfsgerechte und widerstandsfähige Energieversorgung erreicht werden.

Regenwasser ist eine wertvolle Ressource. Zisternensysteme, kommunale Niederschlagswasserkonzepte und die Nutzung von Grauwasser können dazu beitragen, Wasser effizienter zu nutzen und Städte klimaresilienter zu machen.

Nachhaltiges Bauen muss wirtschaftlich attraktiver werden. Förderprogramme, steuerliche Anreize und gezielte Unterstützung ökologischer Bauweisen sind notwendig, um nachhaltige Lösungen gegenüber konventionellen Bauformen zu stärken.

Auch die Energiegewinnung muss breiter gedacht werden. Neben Solar- und Windenergie bietet die Nutzung von Wasser zusätzliche Potenziale. Wasserkraft kann in Kombination mit Wasserstoffproduktion zur regionalen Energieversorgung beitragen, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr.

Die Landwirtschaft kann ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Biogasanlagen ermöglichen die Nutzung von Reststoffen und schaffen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. In Kombination mit Wasserstofftechnologien ergeben sich neue Perspektiven, etwa für den Einsatz in landwirtschaftlichen Maschinen.

Unser Ziel ist eine dezentrale Energieversorgung, die regionale Wertschöpfung stärkt und Abhängigkeiten reduziert.

---

### **3. Wohnen – bezahlbar, sozial und nachhaltig**

Bezahlbarer Wohnraum ist in Nordrhein-Westfalen zu einer der drängendsten sozialen Fragen geworden. In vielen Städten steigen die Mieten seit Jahren deutlich schneller als die Einkommen. Gleichzeitig fehlt es insbesondere für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen an ausreichendem Wohnraum.

Diese Entwicklung gefährdet den sozialen Zusammenhalt und führt zunehmend zu Verdrängungseffekten in den Städten. Menschen dürfen nicht gezwungen werden, ihre Heimat oder ihr soziales Umfeld aufgrund steigender Wohnkosten zu verlassen. Wohnen darf kein Spekulationsobjekt sein, sondern ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir setzen uns deshalb für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wohnungspolitik ein.

Ziel ist der Aufbau eines dauerhaft gemeinwohlorientierten Wohnungsbestandes. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaftliche Modelle müssen wieder eine zentrale Rolle spielen. Wohnraum darf nicht nach wenigen Jahren aus der Sozialbindung fallen, sondern muss langfristig bezahlbar bleiben.

Ein Landeswohnungsfonds kann hierbei ein entscheidendes Instrument sein. Er soll Kommunen dabei unterstützen, Grundstücke zu erwerben, eigene Wohnungsbestände aufzubauen und gemeinwohlorientierte Projekte zu fördern. Damit wird öffentlicher Einfluss auf den Wohnungsmarkt gestärkt und die Abhängigkeit von renditeorientierten Investoren reduziert.

Gleichzeitig müssen Städte und Gemeinden wieder stärker in die Lage versetzt werden, aktiv in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Ein gestärktes kommunales Vorkaufsrecht ermöglicht es, strategisch wichtige Flächen zu sichern und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen.

Darüber hinaus braucht Nordrhein-Westfalen eine langfristig angelegte Bodenpolitik. Öffentliche Flächen dürfen nicht ausschließlich nach kurzfristigen finanziellen Interessen veräußert werden. Kommunen müssen stärker dazu befähigt werden, Flächen dauerhaft in öffentlicher Hand zu halten und über Erbpachtmodelle einer gemeinwohlorientierten Nutzung zuzuführen.

Auch spekulativer Leerstand und Zweckentfremdung verschärfen die Wohnungsproblematik vieler Städte. Wohnungen dürfen nicht dauerhaft ungenutzt bleiben oder ausschließlich als Anlageobjekte dienen, während gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum fehlt. Kurzzeitvermietungen und spekulativer Leerstand müssen deshalb stärker reguliert und bestehende Möglichkeiten konsequenter genutzt werden.

Gleichzeitig bestehen erhebliche Potenziale in der Umnutzung bestehender Gebäude. Leerstehende Büro- und Gewerbeflächen können dazu beitragen, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Genehmigungsverfahren müssen hierfür vereinfacht und bürokratische Hürden reduziert werden.

Die Verbindung von Klimaschutz und sozialer Verantwortung ist dabei von zentraler Bedeutung. Energetische Sanierungen sind notwendig, dürfen jedoch nicht zu steigenden Mieten und zur Verdrängung von Bewohnern führen. Klimapolitik im Gebäudebereich muss sozialverträglich gestaltet werden.

Darüber hinaus müssen Wohnquartiere stärker an die Folgen des Klimawandels angepasst werden. Entsiegelung, Begrünung, Verschattung und Regenwassermanagement verbessern nicht nur das Stadtklima, sondern erhöhen auch die Lebensqualität. Nachhaltiges und klimaangepasstes Bauen muss daher stärker gefördert werden.

Ein weiteres zentrales Problem stellt die zunehmende Komplexität des Baurechts dar. Gerade im Bestand werden sinnvolle Maßnahmen wie Aufstockungen, Dachausbauten oder barrierefreie Umbauten durch bürokratische Hürden erschwert. Wir setzen uns daher für eine gezielte Entbürokratisierung ein, die insbesondere im Bestand mehr Flexibilität ermöglicht.

Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und Bauvorschriften praxisnäher gestaltet werden, ohne dabei Umwelt- oder Sicherheitsstandards abzusenken. Serielles und modulares Bauen kann zusätzliche Möglichkeiten schaffen, schneller und kosteneffizienter Wohnraum bereitzustellen.

Auch die Förderung selbstgenutzten Wohneigentums gehört zu einer ausgewogenen Wohnungspolitik. Eigentum schafft Stabilität, stärkt langfristige Verantwortung und trägt zur sozialen Absicherung vieler Familien bei. Gerade für Familien und Menschen mit mittleren Einkommen muss der Erwerb selbstgenutzten Wohnraums wieder realistischer werden.

Dabei sollte der Fokus stärker auf der Sanierung und Nutzung bestehender Gebäude liegen. Leerstehende Häuser und Ortskerne im ländlichen Raum bieten erhebliche Potenziale, die bislang vielfach ungenutzt bleiben.

Deshalb muss Wohnungspolitik stärker mit Strukturpolitik verbunden werden. Die Revitalisierung von Ortskernen, die Sanierung älterer Gebäude und die Sicherung lokaler Infrastruktur können dazu beitragen, ländliche Regionen zu stärken und gleichzeitig den Druck auf Ballungsräume zu reduzieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das generationenübergreifende Wohnen. Mehrgenerationenhäuser, gemeinschaftliche Wohnformen sowie altersgerechte Umbauten

können dazu beitragen, soziale Isolation zu verhindern und das Zusammenleben verschiedener Generationen zu stärken. Wohnen, Pflege und soziale Teilhabe müssen künftig stärker zusammengedacht werden.

Nordrhein-Westfalen benötigt eine Wohnungspolitik, die soziale Stabilität, ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft miteinander verbindet.

Ziel ist ein Wohnungsmarkt, der bezahlbar, sozial gerecht und ökologisch zukunftsfähig ist.

---

#### **4. Mobilität und Lebensqualität sichern**

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse. Menschen müssen zuverlässig Arbeitsplätze, Schulen, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Einrichtungen erreichen können.

Gerade in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen entscheidet Mobilität darüber, ob Regionen attraktiv bleiben und gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Gleichzeitig ist der Verkehrssektor eine der größten Belastungsquellen für Umwelt und Lebensqualität. Staus, Luftverschmutzung, Lärm und Flächenverbrauch prägen den Alltag vieler Menschen, insbesondere in den Ballungsräumen. Gleichzeitig sind ländliche Regionen häufig unzureichend angebunden und stark vom Individualverkehr abhängig.

Eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik muss diese Herausforderungen gemeinsam betrachten.

Wir setzen auf einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr, der zuverlässig, bezahlbar, sicher und flächendeckend verfügbar ist. Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote deutlich verbessert werden, um echte Alternativen zum Individualverkehr zu schaffen.

Dazu gehören der Ausbau bestehender Bahnverbindungen, die bessere Taktung regionaler Buslinien sowie flexible Mobilitätsangebote wie Rufbus- und Bürgerbusmodelle. Mobilität darf nicht vom Wohnort abhängen.

Gleichzeitig müssen bestehende Verkehrssysteme effizienter genutzt werden. Die Förderung von Homeoffice und hybriden Arbeitsmodellen kann einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Infrastruktur und Umwelt leisten. Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, nachhaltige und flexible Arbeitsmodelle zu etablieren.

Auch die Digitalisierung kann dazu beitragen, Verkehrsströme effizienter zu steuern und unnötige Belastungen zu reduzieren. Intelligente Verkehrslenkung, digitale Fahrgastinformationen und moderne Vernetzungssysteme bieten erhebliche Potenziale für einen leistungsfähigeren und ressourcenschonenderen Verkehr.

Ein zentrales Problem Nordrhein-Westfalens ist der zunehmende Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Schienenwegen. Der Erhalt bestehender Infrastruktur muss Vorrang vor prestigeträchtigen Einzelprojekten haben. Funktionsfähige Verkehrswege sind Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Versorgungssicherheit und gesellschaftliche Mobilität.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei auch der Krisenfestigkeit der Infrastruktur. Die Flutkatastrophe 2021 hat deutlich gemacht, wie anfällig Verkehrswege und Versorgungssysteme

gegenüber Extremwetterereignissen sind. Verkehrsplanung muss daher stärker mit Katastrophenschutz und Klimaanpassung zusammengedacht werden.

Mobilitätspolitik muss zudem die tatsächlichen Lebensrealitäten vieler Menschen berücksichtigen. Millionen Pendlerinnen und Pendler sind weiterhin auf das Auto angewiesen. Eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik darf Menschen nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss praktikable Alternativen schaffen und bestehende Systeme intelligent ergänzen.

Gleichzeitig braucht Nordrhein-Westfalen eine technologieoffene Mobilitätsstrategie. Neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs müssen alternative Antriebstechnologien, Ladeinfrastruktur sowie Wasserstoff- und Speichertechnologien weiterentwickelt werden. Innovation und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

Ein zentraler Aspekt der Mobilitätspolitik ist der Schutz der Gesundheit. Lärmemissionen stellen eine erhebliche Belastung dar und wirken sich negativ auf Lebensqualität und Gesundheit aus. Der Schutz vor Verkehrslärm muss daher deutlich gestärkt werden.

Dazu gehört auch der Erhalt des Nachtflugverbots. Eine Aufweichung würde zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung bedeuten und ist aus gesundheitlicher Sicht nicht vertretbar.

Auch die Luftqualität in Städten bleibt eine zentrale Herausforderung. Verkehrspolitik muss deshalb stärker mit Gesundheits-, Klima- und Stadtentwicklungspolitik verbunden werden. Begrünung, Verkehrsberuhigung und intelligente Verkehrsführung können dazu beitragen, Städte lebenswerter zu gestalten.

Darüber hinaus müssen Rad- und Fußverkehr stärker berücksichtigt werden. Sichere Schulwege, barrierefreie Gehwege und gut ausgebaute Radwegenetze verbessern nicht nur die Sicherheit, sondern erhöhen auch die Lebensqualität in Städten und Gemeinden.

Mobilität endet nicht bei der reinen Fortbewegung. Sie beeinflusst unmittelbar die Attraktivität öffentlicher Räume und Innenstädte. Städte und Gemeinden müssen so gestaltet werden, dass Aufenthaltsqualität, Erreichbarkeit und lokale Wirtschaft miteinander verbunden werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sicherheit im öffentlichen Raum. Bahnhöfe, Haltestellen und öffentliche Verkehrsmittel müssen sicher und sauber sein. Gute Beleuchtung, sichtbare Präsenz von Sicherheits- und Ordnungskräften sowie funktionierende Infrastruktur stärken das Sicherheitsgefühl und fördern die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Umgang mit Feuerwerk. Feuerwerkskörper führen jedes Jahr zu erheblichen Belastungen für Umwelt, Tiere und Menschen. Gleichzeitig binden sie erhebliche Kapazitäten bei Rettungsdiensten und Sicherheitsbehörden. Wir setzen uns daher für ein landesweites Böllerverbot ein.

Mobilitätspolitik ist immer auch Lebensqualitätspolitik. Ziel ist ein System, das Menschen verbindet, ohne sie zu belasten.

---

## **5. Bildung, Jugend und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Bildung schafft die Grundlage für eine stabile, gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Sie beeinflusst individuelle Chancen ebenso wie wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Nordrhein-Westfalen zeigt sich jedoch zunehmend, wie ungleich Bildungschancen verteilt sind. Die soziale Herkunft prägt noch immer maßgeblich den Bildungserfolg vieler Kinder und Jugendlicher. Gleichzeitig geraten Schulen, Kitas und andere Bildungseinrichtungen immer stärker unter Druck. Lehrkräftemangel, Unterrichtsausfall, überlastete Strukturen und wachsende gesellschaftliche Herausforderungen erschweren eine verlässliche Bildungsarbeit.

Unser Ziel ist deshalb ein Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft faire Chancen eröffnet und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Besonders wichtig ist dabei die frühkindliche Bildung. Gute Betreuung in Kitas legt den Grundstein für den weiteren Bildungsweg. Dafür braucht es ausreichend Plätze, bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte und kleinere Gruppen.

Gerade die frühe Sprachförderung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sprachkompetenz ist Voraussetzung für Bildungserfolg, gesellschaftliche Teilhabe und gelingende Integration. Frühzeitige Förderung kann spätere Defizite vermeiden und Schulen langfristig entlasten.

Familien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Auch wenn zentrale finanzielle Leistungen auf Bundesebene geregelt werden, sehen wir das Land in der Verantwortung, Familien durch verlässliche Betreuungsangebote und unterstützende Strukturen zu stärken.

Damit Schulen ihren Bildungsauftrag erfüllen können, müssen sie personell und organisatorisch besser ausgestattet werden. Lehrkräfte brauchen mehr Unterstützung und spürbare Entlastung im Schulalltag. Bürokratische und verwaltungstechnische Aufgaben dürfen nicht länger zulasten von Unterricht und individueller Förderung gehen.

Schulen müssen deshalb organisatorisch neu gedacht werden. Pädagogische Arbeit und Verwaltung dürfen nicht dauerhaft miteinander vermischt werden.

Immer mehr Zeit wird heute durch organisatorische Abläufe, Dokumentationspflichten und administrative Aufgaben gebunden. Dadurch fehlen Kapazitäten für Unterricht, pädagogische Förderung und Schulentwicklung.

Wir setzen uns daher für eine klare Trennung von pädagogischen und verwaltungstechnischen Verantwortlichkeiten ein. Verwaltungsfachkräfte sollen organisatorische, rechtliche und administrative Aufgaben übernehmen, damit sich Lehrkräfte und Schulleitungen wieder stärker auf Bildung, Erziehung und Schulentwicklung konzentrieren können.

Dies betrifft sowohl die tägliche Organisation des Schulbetriebs als auch die Leitungsstrukturen. Schulen benötigen professionelle Verwaltungsstrukturen, die pädagogische Arbeit wirksam unterstützen und dauerhaft entlasten.

Eine moderne Bildungspolitik muss Schulen nicht nur personell stärken, sondern auch organisatorisch zukunftsfähig aufstellen.

Darüber hinaus braucht es multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeit, pädagogischen Fachkräften, Schulpsychologie und Beratungsangeboten. Schule ist längst mehr als reine Wissensvermittlung. Sie ist sozialer Raum, Integrationsort und zunehmend auch Anlaufstelle für gesellschaftliche Probleme.

Auch die Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte sollte deutlich praxisnäher gestaltet werden. Deshalb setzen wir uns für die Prüfung und schrittweise Einführung dualer

Lehramtsstudiengänge ein, die wissenschaftliche Ausbildung und praktische Tätigkeit an Schulen frühzeitig miteinander verbinden.

Angehende Lehrkräfte können dadurch bereits während des Studiums wertvolle Praxiserfahrung sammeln und gleichzeitig Schulen entlasten. Die enge Verbindung von Theorie und schulischer Praxis stärkt die Ausbildungsqualität, erleichtert den Berufseinstieg und kann langfristig helfen, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken.

Im schulischen Bereich befürworten wir eine stärkere Ausrichtung auf gemeinsame Werte, gesellschaftliche Verantwortung und demokratische Bildung. Schule darf sich nicht auf reine Wissensvermittlung beschränken. Sie soll Orientierung geben, kritisches Denken fördern und soziale Kompetenzen stärken.

Unterhalb der gymnasialen Oberstufe sollte der Unterricht zudem deutlich praxis- und lebensnäher gestaltet werden. Alltagskompetenzen wie Medienkompetenz, Finanzbildung, Ernährung, Erste Hilfe sowie der Umgang mit staatlichen Strukturen und demokratischen Prozessen müssen stärker berücksichtigt werden.

Die Digitalisierung verändert Gesellschaft und Arbeitswelt grundlegend. Deshalb ist es notwendig, digitale Kompetenzen frühzeitig zu vermitteln. Gleichzeitig dürfen digitale Medien klassische Bildungsfähigkeiten wie Konzentration, Lesen, Handschrift und soziale Interaktion nicht verdrängen. Bildungspolitik muss einen verantwortungsvollen und ausgewogenen Umgang mit digitalen Technologien fördern.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der Umgang mit sozialen Medien. Kinder und Jugendliche sind zunehmend mit Desinformation, Cybermobbing, psychischem Druck und problematischen Inhalten konfrontiert. Medienkompetenz und Prävention müssen deshalb stärker Bestandteil schulischer Bildung werden.

Wir befürworten außerdem eine Weiterentwicklung des Religionsunterrichts hin zu einem gemeinsamen, weltanschaulich offenen Fach, das ethische, philosophische und gesellschaftliche Fragestellungen behandelt. Religiöse Bildung bleibt Aufgabe der Religionsgemeinschaften außerhalb des staatlichen Pflichtunterrichts.

Schule sollte die kritische Auseinandersetzung mit Religionen fördern, anstatt konfessionelle Lehre zu vertiefen.

Gesundheit und Ernährung gehören ebenfalls zu einer modernen Bildungsarbeit. Eine nachhaltige, vorzugsweise vegetarische Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig müssen Bewegung und sportliche Aktivitäten stärker gefördert werden. Der Schwimmunterricht bleibt dabei ein zentraler Bestandteil der Grundbildung.

Auch die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss stärker in den Fokus rücken. Leistungsdruck, soziale Unsicherheit und die Folgen digitaler Dauerverfügbarkeit belasten viele junge Menschen zunehmend. Schulen brauchen deshalb bessere Unterstützungsstrukturen, niedrighschwellige Beratungsangebote und eine stärkere schulpsychologische Betreuung.

Hinzu kommt die wachsende Bedeutung von Gewalt-, Sucht- und Extremismusprävention. Schule muss ein sicherer Ort sein, der Schutz, Orientierung und Stabilität bietet.

Jugendarbeit bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil präventiver Sozialpolitik. Jugendtreffs, Streetwork, kulturelle Angebote, Sportvereine und ehrenamtliche Strukturen fördern soziale Kompetenzen, schaffen Gemeinschaft und geben Orientierung.

Gerade in belasteten Regionen sind solche Angebote entscheidend, um Perspektiven zu schaffen, Isolation entgegenzuwirken und Radikalisierung vorzubeugen.

Ebenso wichtig ist die Stärkung der beruflichen Bildung. Handwerk, Ausbildung und duale Bildungsgänge sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Stabilität Nordrhein-Westfalens. Berufliche und akademische Bildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gleichermaßen gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

Darüber hinaus spielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine zentrale Rolle für Innovation, Fachkräftesicherung und wirtschaftliche Entwicklung. Nordrhein-Westfalen braucht starke Bildungs- und Forschungsstandorte, die eng mit Wirtschaft und Gesellschaft vernetzt sind.

Bildungspolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Sie entscheidet maßgeblich über die Zukunft unseres Landes.

---

## **6. Landwirtschaft, Natur und regionale Wirtschaft**

Die Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil Nordrhein-Westfalens. Sie prägt nicht nur die wirtschaftliche Struktur vieler Regionen, sondern auch unsere Kulturlandschaft und unser gesellschaftliches Leben.

Gleichzeitig steht die Landwirtschaft unter erheblichem Druck. Wirtschaftliche Zwänge, steigende Anforderungen und gesellschaftliche Erwartungen führen zu Spannungen, die eine differenzierte politische Antwort erfordern.

Wir setzen auf eine Landwirtschaftspolitik, die Kooperation in den Mittelpunkt stellt. Landwirtschaft ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Gleichzeitig ist eine Weiterentwicklung notwendig. Eine rein auf Massenproduktion ausgerichtete Landwirtschaft führt langfristig zu ökologischen Belastungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Ziel muss eine qualitativ hochwertige, nachhaltige Produktion sein, die sowohl ökologische als auch gesundheitliche Aspekte berücksichtigt.

Wir setzen uns daher für eine gezielte Förderung von Umstellungen ein. Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität, zur Förderung der Biodiversität und zur Reduzierung von Umweltbelastungen müssen stärker unterstützt werden.

Diese Transformation darf jedoch nicht dogmatisch erfolgen. Sie muss praxisnah gestaltet werden und den landwirtschaftlichen Betrieben Planungssicherheit bieten. Wirtschaftliche Tragfähigkeit und ökologische Verantwortung müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

Regionale Wirtschaftskreisläufe spielen dabei eine zentrale Rolle. Kurze Wege, direkte Vermarktung und eine stärkere Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern können sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile schaffen.

Die Landwirtschaft kann darüber hinaus eine wichtige Rolle in der Energieversorgung übernehmen. Biogas, Reststoffnutzung und dezentrale Energieproduktion bieten neue Perspektiven und stärken die regionale Wertschöpfung.

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig ist, ökologische Verantwortung übernimmt und zur Stabilität ländlicher Räume beiträgt.

---

## **7. Strukturwandel aktiv gestalten**

Nordrhein-Westfalen befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Der Ausstieg aus der Kohle, Veränderungen in der Industrie und technologische Entwicklungen stellen viele Regionen vor große Herausforderungen.

Dieser Wandel muss aktiv gestaltet werden. Es reicht nicht aus, bestehende Strukturen zu verwalten. Neue Perspektiven müssen geschaffen werden.

Wir setzen auf eine wirtschaftliche Entwicklung, die Innovation und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Neue Arbeitsplätze müssen dort entstehen, wo alte Strukturen wegfallen. Gleichzeitig müssen bestehende Kompetenzen genutzt und weiterentwickelt werden.

Auch die regionale Wertschöpfung muss gezielt gestärkt werden. Neue wirtschaftliche Impulse sollen vor allem in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen entstehen, um Abwanderung zu vermeiden und lokale Strukturen langfristig zu stabilisieren.

Voraussetzung dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft. Strukturwandel gelingt nur, wenn regionale Akteure gemeinsam Verantwortung übernehmen und Entwicklungsprozesse aktiv mitgestalten.

Gleichzeitig müssen Infrastruktur und Qualifizierung konsequent ausgebaut werden. Eine leistungsfähige Verkehrs- und Digitalinfrastruktur ist eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und neue Unternehmensansiedlungen.

Ebenso entscheidend ist die Weiterbildung von Fachkräften. Nur so kann der Übergang in neue Berufsfelder gelingen und bestehende Beschäftigungsperspektiven können gesichert werden.

Ein zentrales Thema bleibt der Umgang mit Altlasten aus der industriellen Vergangenheit. Die langfristige Sicherung der Grubenwasserhaltung sowie die Sanierung belasteter Flächen sind Daueraufgaben, die verlässlich nach dem Verursacherprinzip finanziert werden müssen.

Forschung und Innovation sind weitere Schlüsselfaktoren des Strukturwandels. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen müssen stärker miteinander vernetzt werden, um technologische Entwicklungen schneller in die praktische Anwendung zu überführen.

Insbesondere Reallabore und Modellprojekte bieten die Möglichkeit, neue Technologien unter realen Bedingungen zu erproben und Erkenntnisse für eine breitere Umsetzung zu gewinnen.

Eine zentrale Rolle spielt zudem der Ausbau zukunftsfähiger Industrien. Dazu zählen insbesondere erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologien und die Kreislaufwirtschaft.

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine starke industrielle Basis, die gezielt für die Transformation genutzt werden kann, etwa durch die Umstellung energieintensiver Produktionsprozesse auf klimafreundliche Technologien.

Der Strukturwandel bietet Chancen. Nordrhein-Westfalen kann Vorreiter für nachhaltige Industrie und innovative Technologien werden. Voraussetzung ist eine klare politische Strategie, die ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander verbindet.

Diese Strategie muss langfristig angelegt sein und allen Beteiligten Planungssicherheit bieten. Strukturwandel ist eine Daueraufgabe, die Verlässlichkeit und Koordination über Legislaturperioden hinweg erfordert.

---

## **8. Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit**

Innere Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Sie ist Voraussetzung für Freiheit, Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein funktionierender Rechtsstaat schützt die Menschen, schafft Verlässlichkeit und sorgt dafür, dass Konflikte auf der Grundlage klarer Regeln gelöst werden.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Staat, der handlungsfähig ist und seine Aufgaben konsequent erfüllt. Sicherheit entsteht dort, wo Gesetze gelten und ihre Einhaltung verlässlich durchgesetzt wird.

Wir setzen uns daher für eine deutliche Stärkung der staatlichen Sicherheitsstrukturen ein. Polizei und Justiz müssen personell, technisch und organisatorisch so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben wirksam erfüllen können. Moderne Ausrüstung, digitale Vernetzung und klare Zuständigkeiten sind dabei ebenso notwendig wie ausreichend qualifiziertes Personal.

Ein besonderes Problem stellt die Dauer vieler Verfahren dar. Langwierige Ermittlungen und Gerichtsverfahren schwächen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Deshalb setzen wir uns für eine Beschleunigung von Verfahren sowie für effizientere Abläufe zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten ein.

Ein funktionierender Rechtsstaat lebt von Klarheit und Verlässlichkeit. Regeln müssen für alle gleichermaßen gelten und konsequent angewendet werden. Es darf keine rechtsfreien Räume geben. Der Anspruch auf konsequente Rechtsdurchsetzung muss stets mit Verhältnismäßigkeit, gerichtlicher Kontrolle und Grundrechtsschutz einhergehen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Kriminelle Netzwerke untergraben staatliche Strukturen und gefährden die öffentliche Ordnung. Sie müssen konsequent verfolgt und in ihren wirtschaftlichen Grundlagen getroffen werden. Die Abschöpfung illegal erworbener Vermögenswerte ist dabei ein zentrales Instrument.

Darüber hinaus müssen bekannte Problembereiche regelmäßig kontrolliert werden. Eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Finanzbehörden ist notwendig, um kriminelle Strukturen nachhaltig zu zerschlagen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Intensiv- und Mehrfachtätern. Straftaten dürfen nicht folgenlos bleiben. Wer wiederholt oder schwer straffällig wird, muss mit klaren und spürbaren Konsequenzen rechnen. Sanktionen dienen dabei sowohl dem Schutz der Allgemeinheit als auch der Möglichkeit zur Wiedereingliederung unter klaren Bedingungen.

Innere Sicherheit endet jedoch nicht bei der Strafverfolgung. Prävention ist ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik. Kriminalität entsteht häufig dort, wo soziale Perspektiven fehlen, Bildungsangebote unzureichend sind oder staatliche Strukturen zu spät greifen.

Wir setzen deshalb auf den Ausbau von Jugend- und Sozialarbeit, insbesondere in belasteten Stadtteilen. Frühzeitige Intervention, enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und

Sicherheitsbehörden sowie gezielte Unterstützungsangebote können dazu beitragen, problematische Entwicklungen zu verhindern.

Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt hat dabei besondere Priorität. Hier braucht es verlässliche Hilfsstrukturen, ausreichende Kapazitäten und konsequente staatliche Unterstützung.

Der Rechtsstaat ist die wichtigste Grundlage unserer Demokratie. Er muss handlungsfähig, gerecht und verlässlich sein. Nur so entsteht Vertrauen in staatliche Institutionen und Stabilität in der Gesellschaft.

---

## **9. Migration, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Nordrhein-Westfalen ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Migration prägt unser Land wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell. Sie ist Teil unserer Realität und trägt zur Vielfalt und Entwicklung unserer Gesellschaft bei.

Gleichzeitig stellt Migration Staat und Kommunen vor konkrete Herausforderungen. Eine verantwortungsvolle Politik muss diese Realität anerkennen und aktiv gestalten.

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik, die Humanität mit Ordnung verbindet, Integration verbindlich gestaltet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Migration muss gesteuert, organisiert und dazu auch begrenzt werden. Nordrhein-Westfalen steht aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung unter besonderem Druck. Hohe Zuwanderungszahlen treffen auf begrenzte Wohnkapazitäten, angespannte kommunale Haushalte und unterschiedliche Integrationsmöglichkeiten vor Ort.

Deshalb ist es notwendig, staatliche Verfahren effizienter zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Erstaufnahme, Verteilung und Integration müssen stärker koordiniert werden. Dabei müssen die tatsächlichen Möglichkeiten der Kommunen berücksichtigt werden, um Überlastungen zu vermeiden und Integration erfolgreich zu gestalten.

Integration ist die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein verbindlicher Prozess, der beidseitige Mitwirkung erfordert. So fordern wir eine verbindliche Teilnahme an Sprach- und Integrationsmaßnahmen, dazugehörend eine Vermittlung von Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Grundwerten als Basis für den Integrationsprozess.

Sprachkenntnisse, Zugang zu Bildung und Arbeit sowie die Orientierung an den grundlegenden Werten unserer Gesellschaft bilden die Basis für ein funktionierendes Zusammenleben. Integration gelingt dort, wo Menschen die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und Perspektiven zu entwickeln.

Deshalb ist es entscheidend, Integration von Anfang an aktiv zu gestalten. Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen, sollen frühzeitig Zugang zu Bildung und Beschäftigung erhalten. Die Anerkennung von Qualifikationen muss beschleunigt und unbürokratischer gestaltet werden. Übergangsmodelle zwischen Qualifizierung und praktischer Tätigkeit können dabei helfen, vorhandene Fähigkeiten gezielt einzusetzen.

Lange Phasen der Untätigkeit wirken integrationshemmend und führen zu gesellschaftlichen Spannungen. Sie müssen vermieden werden.

Auch dort, wo ein direkter Zugang zum Arbeitsmarkt zunächst nicht möglich ist, kann Integration aktiv gestaltet werden. Gemeinwohlorientierte Tätigkeiten bieten die Möglichkeit, gesellschaftliche Strukturen kennenzulernen und sich einzubringen. Sie sollten freiwillig, qualifizierend, zeitlich begrenzt und wo möglich vergütet ausgestaltet sein.

Sie fördern Verantwortung und stärken das Verständnis für das Gemeinwesen.

Eine offene Gesellschaft braucht Toleranz, aber auch gemeinsame Grundlagen. Integration bedeutet nicht Aufgabe der eigenen Identität, sondern das Zusammenleben auf Basis gemeinsamer Regeln und Werte.

Diese Grundlagen umfassen insbesondere Gleichberechtigung, gegenseitigen Respekt und die Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung. Sie gelten für alle Menschen gleichermaßen und bilden das Fundament unseres Zusammenlebens.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess. Sie erfordert Offenheit und Unterstützung ebenso wie Bereitschaft zur Mitwirkung.

Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich integriert haben und ihren Beitrag leisten, sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Sie tragen in vielen Bereichen Verantwortung und stärken unser Gemeinwesen.

Es ist daher ebenso wichtig, sie vor Diskriminierung zu schützen, wie Integration aktiv zu fördern und einzufordern.

Gleichzeitig müssen strukturelle Herausforderungen offen benannt werden. Integration kann nur gelingen, wenn ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, wenn Bildungssysteme funktionieren und wenn Kommunen handlungsfähig bleiben.

Nordrhein-Westfalen trägt darüber hinaus auch Verantwortung über die Landesgrenzen hinaus. Migration lässt sich langfristig nur durch die Bekämpfung von Fluchtursachen, faire wirtschaftliche Beziehungen und nachhaltige Entwicklungspolitik beeinflussen.

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik, die realistisch, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert ist. Eine Politik, die Integration ermöglicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die Leistungsfähigkeit unseres Landes erhält.

---

## **10. Rechte der Natur – Grundlage unserer Zukunft**

Die natürlichen Lebensgrundlagen sind die Voraussetzung allen Lebens. Wasser, Boden, Luft, Tiere und Pflanzen bilden die Basis unserer Existenz und unseres wirtschaftlichen Handelns. Dennoch werden sie in politischen Entscheidungen häufig nur als Ressourcen betrachtet, die genutzt, verwertet und wirtschaftlich ausgebeutet werden können.

Diese Sichtweise greift zu kurz.

Wir stehen für ein erweitertes Verständnis von Natur:

Natur ist nicht nur Lebensgrundlage des Menschen – sie hat einen eigenen Wert.

Dieser Wert besteht unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Nutzung. Er ergibt sich aus der Tatsache, dass funktionierende Ökosysteme die Voraussetzung für alles Leben sind – auch für das menschliche.

Die bisherigen Instrumente des Umwelt- und Naturschutzes stoßen zunehmend an ihre Grenzen. In vielen Fällen wird Natur erst dann geschützt, wenn Schäden bereits eingetreten sind. Eingriffe werden erlaubt, solange sie wirtschaftlich begründbar erscheinen, während langfristige ökologische Folgen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Wir wollen diesen Ansatz weiterentwickeln.

International entstehen neue rechtliche und politische Konzepte, die Natur nicht mehr ausschließlich als Schutzobjekt betrachten, sondern ihr eine stärkere eigenständige Stellung einräumen. In einigen Ländern wurden Flüsse, Wälder oder ganze Ökosysteme mit eigenen Rechten ausgestattet, um ihren Schutz wirksamer durchzusetzen.

Diese Entwicklungen zeigen: Es ist möglich, Umwelt- und Naturschutz strukturell zu stärken und nicht nur reaktiv zu betreiben.

Wir setzen uns dafür ein, diese Ansätze für Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Das bedeutet konkret:

Der Schutz von Natur und Umwelt muss bei politischen Entscheidungen ein deutlich stärkeres Gewicht erhalten. Eingriffe in Ökosysteme dürfen nicht allein nach kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen bewertet werden, sondern müssen ihre langfristigen Folgen berücksichtigen.

Bestehende Umweltgesetze müssen konsequenter angewendet und durchgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten erweitert werden, ökologische Interessen auch rechtlich stärker zu vertreten.

Dazu gehört auch eine Stärkung von Klagerechten im Umwelt- und Naturschutz sowie eine bessere Ausstattung der zuständigen Behörden.

Ein zentraler Aspekt ist die Generationengerechtigkeit. Politische Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, welche Auswirkungen sie auf zukünftige Generationen haben. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist keine Aufgabe für einzelne Politikbereiche, sondern muss Grundlage allen staatlichen Handelns sein.

Gerade in Nordrhein-Westfalen zeigt sich, wie eng wirtschaftliche Entwicklung und Umweltbelastung miteinander verbunden sind. Industrielle Nutzung, Flächenverbrauch, Wasserbelastung und Eingriffe in Landschaften haben langfristige Folgen, die oft erst verzögert sichtbar werden.

Deshalb ist es notwendig, Natur nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu schützen und zu bewahren.

Der Mensch ist Teil der Natur und trägt Verantwortung für ihren Erhalt. Eine nachhaltige Gesellschaft entsteht nur dann, wenn ökologische, soziale und wirtschaftliche Interessen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Die Anerkennung der Rechte der Natur ist kein abstraktes Konzept. Sie ist Ausdruck eines grundlegenden Perspektivwechsels: weg von kurzfristiger Nutzung, hin zu langfristiger Verantwortung.

Nordrhein-Westfalen kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Für eine Politik, die die natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur schützt, sondern als eigenständigen Wert anerkennt.

---

## **Jetzt ist die Zeit zu handeln**

Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht länger leisten, Probleme nur zu verwalten. Zu lange wurde auf Sicht gefahren, zu oft wurden notwendige Entscheidungen aufgeschoben oder verwässert.

Die Folgen sind sichtbar: steigender Druck auf unsere Wasserressourcen, zunehmende Flächenversiegelung, wachsende soziale Ungleichheit und ein Staat, der vielerorts an seine Grenzen stößt.

Wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen.

Dieses Programm steht für einen politischen Richtungswechsel.

Für eine Politik, die Verantwortung übernimmt, statt auszuweichen.

Für klare Entscheidungen statt Kompromisse zulasten von Umwelt und Gesellschaft.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist keine Option, sondern Voraussetzung für alles Weitere. Wasser, Boden und Natur sind nicht verhandelbar. Wer sie zerstört, gefährdet die Zukunft unseres Landes.

Gleichzeitig braucht Nordrhein-Westfalen soziale Stabilität und einen Staat, der funktioniert. Bezahlbarer Wohnraum, faire Bildungschancen, sichere Lebensverhältnisse und klare Regeln sind keine Versprechen – sie sind staatlicher Auftrag.

Wir stehen für eine Politik, die beides zusammenführt:  
ökologische Konsequenz und soziale Verantwortung.

Wir wollen eine Wirtschaft, die langfristig trägt, statt kurzfristig auszubeuten.

Wir wollen eine Landwirtschaft, die Qualität vor Masse stellt und im Einklang mit Natur und Gesundheit arbeitet.

Wir wollen Städte und Gemeinden, die lebenswert bleiben – für alle.

Und wir wollen einen Staat, der seine Regeln durchsetzt – verlässlich, gerecht und ohne Ansehen von Herkunft oder Status.

Nordrhein-Westfalen hat die Stärke, diesen Weg zu gehen.

Was bisher fehlt, ist der politische Wille, ihn konsequent umzusetzen.

Diesen Willen bringen wir mit.

Dieses Programm ist kein Kompromisspapier.

Es ist ein klarer Anspruch an die Zukunft unseres Landes.

## **NRW360° - Natürlich gerecht!**

